Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2010 · 49:1323
DOI 10.1007/s00120-010-2387-4
© Springer-Verlag 2010

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Weitere „**urologischen Schlagzeilen**“ finden Sie unter www.urologie.de (=Urologenportal) im „PRESSEBEREICH“, sie sind besonders lesenswert: „Präferenzbasierte randomisierte Studie beim Niedrig-Risiko-Prostatakarzinom“.

Medizinstudenten in Deutschland würden sich **eher als Facharzt denn als Hausarzt** niederlassen. Das hat das Berufsmonitoring Medizinstudenten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Universität Trier ergeben.

Die Medizinstudenten erwarten im Schnitt ein späteres **Nettoeinkommen** von rund 4.350 Euro im Monat als angestellter Arzt. Ein niedergelassener Arzt in der Stadt sollte nach den Erwartungen der Studenten im Schnitt 5.450 Euro netto verdienen, einer auf dem Land 5.390 Euro.

Seit Einführung der **Kassengebühr** im Jahr 2004 haben die niedersächsischen Vertragsärzte insgesamt 972,5 Millionen Euro (Stand 31. Dezember 2009) für die gesetzlichen Krankenkassen von den Patienten eingezogen. Die Hauptlast des Einzugsverfahrens entfiel mit 71,7 Prozent auf die Hausärzte.

Eine gerechte Honorierung und menschliche Arbeitsbedingungen in Klinik und Praxis forderte Dr. Gott-

fried von Knoblauch zu Hatzbach, Präsident der Landesärztekammer Hessen. „Das Wichtigste kommt in den aktuellen Diskussionen über eine Reform der Gesundheitspolitik zu kurz: die Versorgung der Bevölkerung“, erklärte von Knoblauch in Frankfurt.

Die Delegiertenversammlung des Deutschen Hausärztesverbandes (DHÄV) hat Bundesgesundheitsminister **Philipp Rösler (FDP) eine Rüge erteilt**. Grund hierfür ist eine Äußerung des Ministers zur Behandlung von Kindern durch Hausärzte.

Die **Zytostatika-Ausschreibung** der AOK Berlin-Brandenburg ist alles andere als unumstritten – Kritiker sprechen von Oligopolbildung und fragwürdigen Methoden der Kasse. Ein neues Rechtsgutachten könnte die Debatte nun weiter anheizen.

Die **Tarifverhandlungen** für die 24.000 Beschäftigten der vier baden-württembergischen Universitätskliniken in Ulm, Tübingen, Freiburg und Heidelberg begannen mit einer Forderung nach einer Gehaltssteigerung von 190 Euro pro Monat für alle Beschäftigten. Dies entspräche einem Volumen von etwa sechs Prozent.

Die Deutsche Bundesbank sieht die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) deutlich besser positioniert als

von Ministerium und Kassen selbst dargestellt. Die **Finanzen der GKV** entwickelten sich deutlich besser als erwartet, so das Ergebnis des Bundesbank-Monatsberichtes.

Arbeitgeber und Gewerkschaften protestieren gegen die **Gesundheitsreform** der Bundesregierung. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt etwa kritisierte die Anhebung der Versicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber: „Die Koalition hat stabile Beiträge und die Entkopplung der Gesundheitskosten vom Arbeitsverhältnis versprochen. Tatsächlich werden jetzt die Beiträge zulasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern deutlich erhöht.“

CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger lehnt die Koalitionspläne für **einkommensunabhängige Zusatzbeiträge** in der gesetzlichen Krankenversicherung ab. „Eine Pauschale ist, auch wenn mit einem Sozialausgleich verbunden, ungerecht und belastet die kleinen und niedrigen Einkommen überproportional“, heißt es in einem zweiseitigen Brief Straubingers an die Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Bundestag,

Die Ausgaben für die **Gesundheit der Bevölkerung** sind 2008 in Baden-Württemberg deutlich gestiegen. Insgesamt beliefen sich die Gesundheitsausgaben im Land auf 35 Milliarden Euro. Das waren 1,9 Milliarden Euro oder 5,7 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor, wie das Statistische Landesamt mitteilte.

Nationales Urologisches Studienregister

Die DGU hat den Grundstein für den Aufbau eines nationalen urologischen Studienregisters gelegt, mit dem in Deutschland durchgeführte klinische Studien möglichst vollständig erfasst werden.

Leiter des neuen Studienregisters wird Professor Dr. Bernd Wullich, Ordinarius für Urologie an der Universität Erlangen. „Ziel ist, dass sich Ärzte, Betroffene und potenzielle Studienpartner rasch und übersichtlich über die Studienaktivitäten in der Urologie informieren können“, erläuterte der designierte Leiter kürzlich.

Abgeschlossene, besonders aber auch laufende urologische Studien, die Industrie und nicht-kommerzielle Institutionen initiiert haben, sollen aufgenommen und dargestellt werden. Besonders wichtig sei der DGU, mit dem Register die Patientenrekrutierung für klinische Studien in Deutschland zu fördern. „Eine zügige Durchführung von Studien scheitert häufig daran, dass es nicht genügend Patienten gibt, weil Urologen und Patienten einfach nicht wissen, dass für eine bestimmte Studie noch Teilnehmer gesucht werden“, sagt Dr. Becker, der Administrator des Registers.

Das Studienregister wird von der DGU finanziert und gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Urologische Onkologie e.V. (AUO) betrieben. Entwickelt wurde das „Site & Study Management System“ mit Unterstützung des Zentrums für Klinische Studien Köln und des Deutschen Cochrane Zentrums in Freiburg.

Bei der **62. DGU-Jahrestagung vom 22. bis 25. September 2010 im Congress Center Düsseldorf** konnten sich Interessierte in Einstiegskursen bereits von der Leistungsfähigkeit und der leichten Handhabung des Systems überzeugen.

Quelle: www.urologenportal.de, Pressebereich